Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

25. Sitzung (16.05.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

erstattet namens der Haushaltskommission den mündlichen Bericht und beantragt:

I. die im IV. Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthaltenen Ausgaben unter Hauptabteilung VII, Verkehrsanstalten, Kapitel 1b. Eisenbahnbetriebsverwaltung, Titel II, III, IV, VI und VII mit 44 248 000 ℳ zu genehmigen,

II. zu beschließen:

1. Das Finanzministerium und die Generaldirektion werden ersucht und ermächtigt, bis zum 15. Mai d. J. den sämtlichen Arbeitern, auf welche der Tarifvertrag sich erstreckt, einen Vorschuß in Höhe von 70 Hundertteilen ihres Monatsverdienstes auf diejenigen Nachzahlungen zu gewähren, welche die Arbeiter nach dem Tarifvertrag für die Zeit seit dem 1. März 1919 zu beanspruchen haben.
2. Das Finanzministerium wird ersucht, alsbald dem Landtag eine Gesetzesvorlage zu machen, durch welche den Beamten eine Ausgleichszulage gegenüber den Lohnerhöhungen gewährt wird, welche die Eisenbahnarbeiter durch den neuen Tarifvertrag erhalten.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort: Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Müller-Karlsruhe und Fleig, Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Ihrig und Amann, Finanzminister Dr. Wirth, die Abgg. Habermehl, Schell, Heurich (der Präsident mahnt gegenüber den störenden Zwischenrufen zur Ordnung), Marum, Dr. Schofer und Roesch.

Präsident Kopf hat den Vorsitz während der Rede des Abg. Amann an den I. Präsidenten Maier abgegeben und während der Rede des Abg. Heurich ihn wieder übernommen. Im Anschluß an die Rede des Abg. Dr. Schofer hat er den von zwei Mitgliedern des Hauses gebrauchten Ausdruck „Demagogie" beanstandet.

Die allgemeine Beratung wird beschlossen.

Das Schlußwort erhält Berichterstatter Abg. Goehring. Hierauf ergreift Finanzminister Dr. Wirth nocheinmal das Wort; in der daraufhin wiedereröffneten allgemeinen Beratung meldet sich niemand mehr zum Wort.

In der Einzelberatung, in der der Präsident sämtliche Titel und Paragraphen des Nachtrags aufruft, ergreift ebenfalls niemand das Wort.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Kommissionsantrag in allen Teilen angenommen.

Nach einer sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte über die Geschäftslage und die nächste Sitzung, an der sich außer dem Präsidenten die Abgg. Dr. Schofer, Roesch, König, Eberhardt, Marum und Staatspräsident Geiß beteiligen, wird beschlossen, dem Präsidenten die Bestimmung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung zu überlassen.

Alsdann werden noch folgende Eingänge bekanntgegeben:

1. Petition einer Anzahl von Lebküchnern in Walldürn um Zuweisung von Rohstoffen.

   Diese Petition wird der Petitionskommission überwiesen.
2. Kurze Anfrage der Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch u. Gen., Schutz der Interessen der aus dem Ausland zurückgekommenen Badener betr.

   Die Anfrage geht zunächst an die Regierung.
3. Antrag der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., die Überführung der bad. Staatseisenbahnen in die Verwaltung des Reiches, hier die Wahrung der badischen Interessen sowie der Ansprüche der Beamten und Arbeiter betr.
4. Antrag der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., die Schaffung von Reichseisenbahnen, hier die Wahrung der Ansprüche der badischen Beamten und Arbeiter betr.

   Die Anträge unter 3 und 4 gelangen zum Druck (Drucks. Nr. 5c u. 5d) und werden k. H. der Haushaltskommission überwiesen.

Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:	Die Schriftführer:
Kopf	Karl.
Der I. Vizepräsident:	v. Gleichenstein.
Maier.	

---

25. öffentliche Sitzung.

Karlsuhe, den 16. Mai 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Justizminister Trunk, Finanzminister Dr. Wirth und Staatsrat Dr. Haas; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Duffner, Hamann, Jost, Dr. Koenigsberger, Müller-Schopfheim, Otto, Roesch, Saenger, Siebert, Venedey und Vogel.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den feindlichen Friedensbedingungen.

Die Sitzung wird eröffnet um 3/4 10 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von der üblichen Verkündung der Eingänge wird mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der heutigen Sitzung abgesehen, jedoch unbeschadet der alsbaldigen geschäftlichen Behandlung unter Vorbehalt der nachträglichen Einholung der Zustimmung des Hauses (s. Prot. der nächsten Sitzung).

Das Haus tritt demgemäß sofort in die

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den feindlichen Friedensbedingungen

ein, die der Präsident Kopf einleitet mit folgenden Worten:

Als wir am 7. Mai auseinandergingen, hatten wir in Aussicht genommen, die nächste Sitzung nicht vor Anfang Juni zu halten. Inzwischen sind uns die bekannten feindlichen Friedensbedingungen übergeben worden, die das deutsche Volk vor eine furchtbare Entscheidung stellen. Das mußte mir Veranlassung sein, im Einvernehmen mit der Regierung sofort eine Sitzung anzuberaumen, damit auch wir Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen zu diesen feindlichen Friedensbedingungen. Demgemäß habe ich auf heute eine Sitzung mit der entsprechenden Tagesordnung anberaumt.

Ich eröffne nun die Sitzung und erteile zunächst das Wort dem Herrn Staatspräsidenten.

Staatspräsident Geiß:

Weite Kreise des deutschen Volkes hatten in der schweren Zeit des furchtbaren Krieges die Hoffnung gehabt, daß ein Friede den Krieg beendigen werde, der eine dauernde Völkerverständigung anbahnt und der die Menschheit zu höheren Formen des Zusammenlebens führt. Ein Friede, auf Grund des Friedensvorschlags unserer Feinde geschlossen, müßte diese Hoffnung vollständig vernichten. Im Hinblick auf die höchsten und größten Ziele der Menschheit erkläre ich: So darf der Friede nicht geschlossen werden; dieser Friede wäre ein Friede der Gewalt, der die Menschheit nicht zu der ersehnten Ruhe kommen läßt!

Dieser Friede würde zur Verelendung und zur Sklaverei des deutschen Volkes führen. Je mehr man die Friedensbedingungen in den Einzelheiten prüft und durchdenkt, desto klarer wird es, daß das deutsche Volk in einen Zustand völliger Knechtschaft und Unfreiheit versetzt werden soll. Im Altertum hat der Sieger das besiegte Volk ausgerottet oder in die Sklaverei abgeführt. Aber von den Zeiten an, in denen diese rohesten Formen brutalster Gewaltpolitik überwunden waren, hat die Weltgeschichte einen Friedensvorschlag ähnlich dem der Feinde nicht gehört. Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob jenes alte System offenkundiger Sklaverei nicht humaner war als dieses raffinierte System wirtschaftlicher und politischer Knechtung.

Der Friedensvorschlag verstößt in schrofffster Weise gegen die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Grundsätze, auf die sich im Waffenstillstand unsere Feinde mit uns verpflichtet haben. Sie schrecken nicht davor zurück, nachdem sie tagtäglich von Freiheit und Demokratie gesprochen haben, ein Volk, das sich im Innern die Freiheit geschaffen hat, in die Fesseln der Fremdherrschaft zu schlagen. Lassen Sie mich erinnern an zwei erhabene Worte, die Präsident Wilson ausgesprochen hat. In seiner Ansprache an den Kongreß führte er am 8. Januar 1918 folgendes aus:

„Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Programm, das sie gefährdet. Wir neiden Deutschland keine seiner Errungenschaften, weder die Bedeutung seiner Wissenschaft, noch seine besonderen Unternehmungen, die ihm einen glänzenden und sehr beneidenswerten Namen verschafft haben. Ebenso wenig wünschen wir Deutschland zu verletzen oder in irgend einer Weise seinem berechtigten Einfluß oder seiner Macht im Wege zu stehen. Wir wünschen nicht es zu bekämpfen, weder mit den Waffen noch mit feindlichen Einrichtungen des Handels, sofern es willens ist, sich mit uns und den übrigen friedliebenden Nationen der Welt zu verbinden in Vereinbarungen des Rechts, des Gesetzes und ehrlichen Handels. Wir wünschen nur, daß es seinen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern der Welt, der neuen Welt, in der wir leben . . . . einnehmen soll und nicht einen Herrscherplatz."

Am 6. April 1918, am Jahrestag der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, gab er in Baltimore die folgende feierliche Erklärung ab:

„Wir sind bereit, bei der Schlußabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit Deutschland ebenso ehrlich zu verfahren, wie mit den andern Mächten. Es kann bei dem Endurteil, wenn es wirklich gerecht sein soll, kein Unterschied zwischen den Völkern gemacht werden. Irgend etwas anderes vorzuschlagen als Gerechtigkeit, unparteiische und leidenschaftslose Gerechtigkeit gegenüber Deutschland, wie immer der Krieg ausgehen mag, hieße unsere eigene Sache im Stiche lassen und entehren; denn wir verlangen nichts, was wir nicht auch bereit wären zu bewilligen."

Will Präsident Wilson behaupten, daß wir in dem Frieden, den er uns zusammen mit unseren Feinden vorschlägt, noch gleichberechtigt unter den Völkern der Welt wären? Will er behaupten, daß dieser Friedensvorschlag die Gebote der Gerechtigkeit gegen das deutsche Volk beobachtet? Es gibt keine Begründung, für diesen furchtbaren Vorschlag. Gerade Wilson hat ja am 14. Juni 1917 in Washington das ausgesprochen, was wir alle wissen: „Das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet."

Rein deutsche Gebiete sollen von Deutschland losgelöst werden; sie werden, um das Wilsonsche Wort zu gebrauchen, von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert. Mit dem heiligen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird ein böses Spiel getrieben. Das Saargebiet wird 15 Jahre lang fremder Herrschaft unterworfen; nach 15 Jahren soll die Bevölkerung endlich das Recht der Volksabstimmung erhalten. Aber auch dann kann der Völkerbund das Schicksal des Landes willkürlich bestimmen. Warum, wenn man es ehrlich meint mit dem Selbstbestimmungsrecht, darf dieses deutsche Volk nicht schon heute abstimmen? Vor allem aber betonen wir, daß rein deutsches Gebiet überhaupt nicht von Deutschland losgelöst werden darf. Da bedarf es keiner Volksabstimmung, weder heute noch morgen. Um aber allem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

die Krone aufzusetzen, wird bestimmt, daß trotz der Volksabstimmung und der Entscheidung des Völkerbundes das Land an Frankreich fällt, wenn Deutschland die Kohlengruben nicht in Gold-Valuta zurückkaufen kann. Die deutsche Bevölkerung im Saargebiet wird von der Entente zum Pfandobjekt für wirtschaftliche Forderungen Frankreichs gemacht. In Wirklichkeit annektiert jetzt schon Frankreich das deutsche Saargebiet. Schon im Jahre 1916 wurde zwischen Frankreich und dem zaristischen Rußland ein Geheimabkommen geschlossen, daß im Falle eines glücklichen Ausgangs des Krieges das ganze Kohlenbecken des Saarreviers in das französische Territorium einverleibt werden soll.

Elsaß und Lothringen, dessen Bevölkerung zum größten Teil nach Sprache und Kultur deutsch ist, wird nicht gefragt, welchem Staatsverband diese Länder angehören sollen oder ob sie den Wunsch nach voller Selbständigkeit haben.

Rein deutsche Gebiete werden Belgien zugeschlagen, die Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy soll, wohlgemerkt unter belgischer Kontrolle, das Recht des Protestes haben. Dieser Protest entscheidet aber nicht; die Entscheidung liegt beim Völkerbund, der in Wahrheit kein Völkerbund, sondern eine Organisation unserer Feinde ist. Im Osten wird rein deutsches Gebiet ohne jede Volksabstimmung an Polen gegeben; Ostpreußen wird von Westpreußen getrennt. Ohne das deutsche Danzig zu fragen, macht man es zur freien Stadt, die in Wahrheit von Polen beherrscht werden wird. Die deutschen freien Städte, ja alle Städte in Deutschland, sind eine andere Freiheit gewöhnt, als die Freiheit, die Danzig erhalten soll.

In Schleswig will man nicht nur dänische, sondern auch deutsche Gebiete an Dänemark verschachern; Dänemark selbst protestiert gegen die Angliederung des deutschen Gebiets. Die Stadt Memel und ihr Hinterland wird ohne Begründung der deutschen Republik entrissen. Deutsch-Oesterreich soll selbständig sein; aber diese Selbständigkeit hat ihre Grenzen; das Volk in Deutsch-Oesterreich darf nicht bestimmen, daß es den Anschluß an Deutschland vollziehen will.

Man legt uns Kriegsentschädigungen in einer Höhe auf, die weit über das Maß der Wiedergutmachung völkerrechtswidriger Schäden hinaus geht. Bis zum 1. Mai 1921 sollen wir im unklaren bleiben, welche Milliardenschuld uns die Feinde auferlegen wollen; als Vorschuß sollen wir aber bis dahin 20 Milliarden in Gold oder in Waren bezahlen. Wir haben sofort in Schuldverschreibungen 60 Milliarden in Goldvaluta zu emittieren und uns zu weiteren 40 Milliarden zu verpflichten. Ueber unsere Steuern werden wir nicht mehr frei verfügen; in erster Linie sind daraus die feindlichen Ansprüche zu decken. Die Kommission für Wiedergutmachung trifft die näheren Bestimmungen, prüft unser Steuerwesen und trifft in voller Souveränität die Bestimmung über die Verwendung der Gelder. Uns bleibt nichts mehr für unsere Kulturaufgaben. Die Zahlung der Renten an die Kriegsbeschädigten, an die Witwen und Waisen wird aufhören; unsere soziale Versicherung bricht zusammen. Man nimmt uns unsere Handelsflotte, unsere Kolonien und unsere Kabel; man raubt uns unser Vermögen im Ausland; man legt uns, nachdem wir das Saargebiet und Oberschlesien verloren haben, noch weitere Lieferungen an Kohlen und an Fertigfabrikaten auf, sodaß der wirtschaftliche Zusammenbruch unausbleiblich wäre. Während unsere Feinde nicht abrüsten, werden wir auf ein Söldnerheer in Stärke von 100 000 Mann beschränkt. Die Gebiete, die aus dem deutschen Staatsverband ausscheiden, nehmen an den deutschen Kriegsschulden und Kriegslasten nicht teil. Man will offenbar eine Prämie aussetzen, dort, wo eine Volksabstimmung vorgenommen wird, auf die Abstimmung, wie sie die Entente wünscht.

In Uebereinstimmung mit allen andern deutschen Freistaaten erkläre ich: Dieser Friede ist unannehmbar. Eine solche Verstümmelung Deutschlands, eine solche Vernichtung unseres wirtschaftlichen Lebens führt zur Anarchie. Wir wissen nicht, welche Maßnahmen unsere Feinde ergreifen, wenn der Friede scheitert; eines wissen wir, nichts kann schlimmer sein, als dieser Friede.

Unerträglich sind die Bestimmungen, die unser liebes badisches Land betreffen. 50 Kilometer östlich des Rheins dürfen keine Truppen unterhalten werden. Es würde also fast in ganz Baden keine Garnison bestehen können. Dann wären wir nicht mehr in der Lage, die Ordnung und Sicherheit in unserem Lande zu verbürgen. Nie werden wir uns damit abfinden, daß die Stadt Kehl und das Hanauerland 15 Jahre lang unter französischer Herrschaft stehen. Eine militärische Notwendigkeit kann dafür nicht geltend gemacht werden. Von vornherein würden aber durch diese Besetzung Beziehungen vergiftet, die doch unvermeidbar zwischen den Uferstaaten wieder aufgenommen werden müssen. Der Hafen von Kehl soll mit dem Hafen von Straßburg auf eine Reihe von Jahren unter Leitung eines Franzosen eine einheitliche Verwaltungsgemeinschaft bilden. Wenn der Straßburger Hafen für die Bedürfnisse Frankreichs nicht ausreicht, sind wir gerne zu einer Verständigung bereit, aber wir können nicht zulassen, daß wir wirtschaftlich vergewaltigt werden. Von unserer Rheinflotte soll Frankreich Schlepper und Kähne aussuchen dürfen; es will ferner seine Hand auf unsere Schiffahrtsgesellschaften legen. Man mag sich mit Frankreich verständigen, daß ihm eine gewisse Zahl von Schiffen zur Verfügung gestellt wird; aber ablehnen müssen wir die jetzige Bestimmung, die jede bestimmte Norm vermissen läßt und uns der Willkür der Franzoen ausliefert. Ueber die Wasserkräfte des Rheins will Frankreich allein verfügen. Es soll uns allerdings die Hälfte der erzeugten Wasserkräfte in Energie oder in Verrechnung auf die von Deutschland zu leistenden Zahlungen vergüten. Niemals können wir uns mit dieser Bestimmung abfinden. Das Recht, das Baden von jeher am Rhein gehabt hat, muß uns verbleiben. Die badische Volkswirtschaft kann nicht bestehen, wenn nach dem Verluste der Saar ihr auch noch die Wasserkräfte des Oberrheins genommen werden. Im Wege der Verständigung, die den beiderseitigen Rechten entspricht, wird eine Ausbeutung der Wasserkräfte und die Schiffbarmachung bis Basel möglich sein. Die Brücken über den Rhein sollen völlig in das Eigentum Frankreichs treten. Wir verlangen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

daß die Eigentumsverhältnisse an den Brücken die alten bleiben. Wenn ein Frieden des Rechts geschlossen wird, dann müßte es im Laufe der Zeit gelingen, die alten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu überwinden. Es wäre ein Unglück für die beiden Völker und für die Menschheit, wenn nun von neuem Quellen des Hasses und der Leidenschaft geschaffen würden.

Noch gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Erwägungen der Vernunft und der Gerechtigkeit bei unseren Feinden siegen. Nochmals wende ich mich an Wilson. Wertvolle Kräfte hat das badische Volk der amerikanischen Nation gestellt. Gute badische Namen sind in die amerikanische Geschichte eingeschrieben, und wir hatten in Baden gehofft, daß es Wilson gelingen wird, eine neue und bessere Periode der Menschheitsgeschichte anzubahnen. Einen Völkerbund hatten wir erwartet. Nun will man auf der anderen Seite einen Völkerbund der Rache schaffen, vor dessen Tore das deutsche Volk als Bittsuchender stehen soll. Zu dieser Würdelosigkeit verstehen wir uns nicht. Wir verlangen die Gleichberechtigung, von der Wilson immer und immer wieder sprach. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegentürmen; aber wir appellieren an seine Ehre und an seinen Ruf vor der Geschichte; wir appellieren an alle gutgesinnten Menschen in den feindlichen Ländern und wir sagen ihnen: Dieser Friede wäre ein Verbrechen gegen das demokratische deutsche Volk; er wäre die stärkste Verteidigung für die Anschauungen der Vertreter des alten Systems, die die Gewalt vor das Recht setzten. Ungeheure Wunden sind der Welt geschlagen. Nicht nur Deutschland, ganz Europa bricht zusammen, wenn jetzt nicht ein Friede des Rechts und mit ihm eine dauernde Völkerverständigung geschaffen wird. Nur in gemeinsamer Arbeit kann Europa genesen. Die Folgen werden furchtbar sein, wenn man im Herzen Europas ein Volk durch Sklaverei und Elend zur Verzweiflung treibt.

Sie alle aber bitte ich nun, über alle Parteigegensätze hinweg nur an das Vaterland zu denken. Auch die Hoffnung weg nur an das Vaterland zu denken. Auch die Hoffnung das alte System so schwere Fehler gemacht und falsche Vorstellungen über den wahren Willen des deutschen Volkes hervorgerufen hat. Aber dieser Friedensvorschlag beweist, daß die Geister der Gewalt, die das Recht verachten, bei unseren Feinden noch stärker sind, als sie bei uns waren. So schnöde Verletzungen des Rechts, ein so verwerflicher Götzendienst der Gewalt bricht immer in sich zusammen. Wir aber sind entschlossen, das Schlimmste zu tragen für die Zukunft unseres Volkes, für die Zukunft unserer Kinder. Wir verzichten nicht auf unser Recht; für diesen Vorschlag haben wir nur ein einziges Wort: „unannehmbar".

Darauf ergreifen aus der Mitte des Hauses das Wort:

Abg. Dr. Zehnter (Zentrum):

Ich bin am letzten Montag nachmittag in Berlin gewesen und habe teilgenommen an der Kundgebung, die von seiten der Deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung stattgefunden hat gegenüber den Friedensbedingungen, die uns vorgelegt worden sind. Es war eine große Kundgebung, eine Kundgebung von tiefem Eindruck. In flammender Entrüstung hat sich alles ausgesprochen gegen die unerhörten Bedingungen, die man dem deutschen Volke nach diesem Kriege auferlegen will. Alles ist darin einig gewesen, Protest einzulegen gegen diese Bedingungen. Auch die unabhängige Sozialdemokratie hat sich von dieser Beurteilung der Bedingungen nicht ausgeschlossen. Seitdem zittert eine ungeheure Erregung durch das deutsche Volk, die sich in tausenden von Protestversammlungen, in tausenden von schriftlichen Erklärungen, in tausenden von Aeußerungen an die Regierung und an die maßgebenden Stellen kundtut.

Wir sind heute hierher gerufen worden, um auch als Badischer Landtag Stellung zu nehmen zu diesen Friedensbedingungen, und ich bin von seiten meiner Fraktion beauftragt, die Erklärung abzugeben, die wir gegenüber diesen Friedensbedingungen abzugeben haben.

Das deutsche Volk hat einen schweren Krieg verloren. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir auch einen schweren Frieden auf uns zu nehmen haben. Aber wir sind berechtigt, zu verlangen, daß dieser Friede ein Friede des Rechts sei und ein Friede der Gerechtigkeit, ein Friede der Verständigung, ein Friede der Völkerversöhnung wird. Das sind wir berechtigt zu verlangen, weil der Präsident Wilson in seinen verschiedenen Kundgebungen diesen Frieden der Verständigung und des Rechts proklamiert hat, weil wir ihn um seine Vermittlung ersucht haben unter Hinweis auf diese seine Proklamierung, und weil der Staatssekretär Lansing in einer Note vom 5. November v. J. kund getan hat, daß auch die Verbündeten der Amerikaner bereit seien, in Friedensverhandlungen einzutreten auf Grund dieser 14 Punkte, die Wilson in seinen verschiedenen Kundgebungen wiederholt erörtert und aufgestellt hat.

Aber, was sehen wir nun hier? Das, was uns als Friedensbedingungen vorgelegt ist, das stellt nicht einen Frieden des Rechts, nicht einen Frieden der Gerechtigkeit dar, sondern einen Frieden der Schmach, einen Frieden der Unterdrückung. Bei diesem Frieden werden wir nicht leben können, sondern wir würden verelenden und verkümmern in schmählicher Weise. Was hat Wilson in seinen Proklamierungen uns in Aussicht gestellt? Einen Völkerbund, einen Bund, der womöglich alle zivilisierten Nationen der Erde umfassen sollte, der auch diesen Krieg zum Abschluß bringen sollte in einer versöhnenden Weise, in einer Weise, daß für die Zukunft der Friede der Welt gesichert sein sollte. Was aber jetzt geschehen ist, ist etwas ganz anderes. Ein Völkerbund ist in diesen Bedingungen auch enthalten, aber nicht ein Völkerbund, der die Welt umfaßt, nicht ein Völkerbund, der mit uns geschlossen wird, sondern ein Völkerbund, der ohne uns und gegen uns geschlossen wird. Uns werden zuerst außerhalb dieses Bundes ungeheure Lasten auferlegt, die wir zu tragen nicht imstande sind. Dagegen schließen sich die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

anderen gegen uns zusammen. 27 Staaten, die gegen uns im Kriege gestanden oder die wenigstens die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben, tun sich hier zusammen als die ursprünglichen Gründer dieses Weltbundes, dieses Völkerbundes, und 13 andere Staaten — das sind die neutralen Staaten, die nicht gegen uns im Kriege waren und auch die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen haben — werden eingeladen, in der nächsten Zeit dem Bunde beizutreten. Das deutsche Volk aber und seine Verbündeten und neben ihm auch Rußland sollen ausgeschlossen bleiben aus dem Bunde, sie sollen ausgeschlossen bleiben, bis sie gezeigt haben, daß sie die furchtbaren Bedingungen, die uns unsere Feinde auferlegen, bis zum letzten Tüpfelchen erfüllen. Dann erst sollen sie die Möglichkeit haben, das Ansinnen an den Völkerbund zu stellen, daß auch sie in diesen Bund aufgenommen werden. Aber auch dann soll es noch davon abhängen, ob wir Mitglieder dieses Bundes werden, wie die Abstimmung der ursprünglichen Mitglieder des Bundes ausfällt. Was hier gemacht worden ist, das ist nicht ein Bund der Versöhnung, nicht ein Bund des Ausgleichs, nicht ein Bund des Weltfriedens, sondern das ist ein Bund der Auseinanderlegung der Welt in zwei feindliche Lager, ein Bund der Auseinanderlegung, aus der nur künftige Unruhen, künftige Sorgen, künftiges Unglück entstehen kann.

In den Proklamationen des Präsidenten Wilson ist das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker aufgestellt, und wir bekennen uns und haben uns zu diesem Prinzip bekannt. Vermöge dieses Prinzips haben wir unsere Haltung bestimmt gegenüber den Polen, gegenüber den Dänen und gegenüber anderen fremden Völkern, die an unsere Grenzen oder an die Grenzen unserer Verbündeten anstoßen. Aber was sehen wir nun, was aus diesem Prinzip geworden ist uns gegenüber? Uns gegenüber will man nicht das Prinzip der Selbstbestimmung gelten lassen, sondern uns reißt man auf allen Seiten aus dem Körper Fetzen heraus, die Fleisch von unserem Fleische sind und Bein von unserem Bein und Blut von unserem Blut. Hier will man nicht das Prinzip der Selbstbestimmung gelten lassen, sondern hier wird einfach kommandiert: Hier ist die Demarkationslinie, hier ist künftig die Grenze! 4—5 Millionen Menschen, die nichts davon wissen wollen, daß sie von Deutschland abgetrennt werden, die nie einen anderen Gedanken gehabt haben, als daß sie Mitglieder des deutschen Volkes und Angehörige des deutschen Staates sein wollen, sollen gegen ihren Willen, gegen die feierlichsten Proteste, die sie einlegen, gegen alles bisherige Recht und gegen alle bisherige geschichtliche Entwicklung von dem deutschen Volke abgetrennt und zwangsweise zu fremden Völkern geschlagen werden, zu Völkern, die sie zum Teil selbst nicht einmal wollen. Wir müssen den feierlichsten und entschiedensten Protest dagegen einlegen, daß man in dieser unerhörten Weise gegen Mitglieder unseres deutschen Volksstammes, gegen Angehörige des deutschen Volkes und des deutschen Staates vorgeht. In demselben Augenblick, wo man die Irredenten der Italiener, der Polen, der Dänen und anderer fremdsprachiger Völker beseitigt, in demselben Moment schafft man eine deutsche Irredenta fast auf allen Seiten des deutschen Staates, und man legt dadurch den Samen künftiger Zwietracht, künftiger Unruhe und künftiger Störungen.

Ungeheure finanzielle Lasten werden uns in diesen Friedensbedingungen auferlegt, und damit die ganze Sache einen Schein des Rechtes bekommt, wird an die Spitze des ganzen Kapitels über die finanziellen Lasten, die uns aufgelegt werden sollen, ein Schuldbekenntnis Deutschlands gestellt. „Die alliierten und assoziierten Mächte erklären", heißt es, „und Deutschland anerkennt, daß es der Urheber dieses Krieges ist und deshalb verpflichtet ist, alle die Folgen zu tragen, die sich in diesem Kriege ergeben haben". Wir protestieren feierlichst dagegen, daß wir die Urheber dieses Krieges gewesen sein sollen. Es mag sein, daß der Anstoß zu diesem Kriege von der Note ausgegangen ist, die Oesterreich-Ungarn unter dem 23. Juli 1914 an die Serben gerichtet hat, und von der Kriegserklärung, die Oesterreich-Ungarn am 28. Juli 1914 an Serbien hat ergehen lassen. Es mag dahingestellt bleiben — die Frage ist nicht geklärt, und es werden widersprechende Behauptungen darüber aufgestellt. Ob Deutschland an dieser Note überhaupt irgend einen Anteil gehabt hat und wie weit dieser Anteil gegangen ist, das wird eine Frage sein, die auch noch zu klären ist. Jedenfalls aber handelt es sich bei dieser Note und bei dieser Kriegserklärung vom 28. Juli 1914 um eine rein lokale Angelegenheit, die lediglich Österreich-Ungarn und die Serben berührte und die hätte ausgetragen werden können, ohne daß die Flammen des Krieges auch nur um einen Meter über die österreichische und die serbische Grenze hinübergeschlagen hätten. Der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung haben sich — das steht urkundlich fest — bis zum letzten Augenblick alle erdenkliche Mühe gegeben, um diese Streitfrage Österreich-Ungarns und Serbiens zu lokalisieren und zu verhindern, daß aus dieser lokalen Angelegenheit eine Weltangelegenheit werde. Wer aber die Sache zu einem Weltbrande gemacht hat, das wissen wir aus den Prozessen, die in Rußland stattgefunden haben, aus dem Prozeß des Kriegsministers und der anderen Kriegshetzer, die in Rußland den Kaiser über den Stand der Entwicklung der Dinge getäuscht haben und die schuld daran sind, daß der Krieg aus einer lokalen Sache ein Weltbrand geworden ist. Wir protestieren dagegen, daß wir der schuldige Teil sein sollen, so lange man uns nicht nachweist, daß wir es sind und diesen Nachweis hat man bis jetzt nicht erbracht. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, ihre Archive zu öffnen und das, was sie von ihrer Seite zur Klärung dieser Schuldfrage beitragen kann, beizutragen. Sie hat die alliierten und asso-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ziierten Regierungen aufgefordert, auch ihrerseits das Material zu liefern. Bis jetzt aber sind die anderen dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Warum sie das nicht getan haben, das werden sie wohl am besten wissen. Jedenfalls verwahren wir uns ganz entschieden dagegen, daß die Feinde versuchen, uns die Schuld zuzuschieben, so lange sie nicht wenigstens den Versuch machen, unsere Schuld auch zu beweisen, und so lange sie nicht wenigstens ihrerseits dazu beitragen, was sie beitragen können, um diese große geschichtliche Frage zu klären.

Nachdem sie dieses Schuldbekenntnis vorausgestellt, das wir unterzeichnen sollen, stellen sie dann die Schadensberechnung, oder — wie sie es nennen — ihre Wiedergutmachungsberechnungen auf. Alles sollen wir ersetzen, was die alliierten und assoziierten Mächte in ihrer Zivilbevölkerung an Personen- und Sachschaden erlitten haben. Alle Pensionen, die in den alliierten und assoziierten Ländern an Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene bezahlt werden müssen, sollen kapitalisiert und in ihrem ganzen Kapitalbetrag auf unser Konto gestellt werden. Alle Unterstützungen an Kriegsgefangene, die während des Krieges von seiten der Entente und ihren Verbündeten geleistet worden sind, alle Unterstützungen an die Familienangehörigen sollen uns gleichfalls auf das Konto geschrieben werden. Alle Kontributionen, alle Geldstrafen, die von seiten des deutschen Heeres ausgegangen sind gegen Angehörige der alliierten Staaten, sollen gleichfalls Gegenstand des Schadenersatzes werden. Alle weggenommenen Maschinen, Gerätschaften, Gegenstände irgend welcher Art, sollen liquidiert und uns auf das Konto gestellt werden. Eine Kommission soll eingesetzt werden, die alle diese Schadensliquidationen im Laufe der nächsten zwei Jahre aufnehmen soll, ohne daß wir das Recht haben, dabei mitzuwirken. Was dabei herauskommen wird, davon kann man sich ein ungefähres Bild machen, wenn man sich an die fabelhaften Summen erinnert, die in der letzten Zeit und schon während des Krieges in französischen und englischen Zeitungen namhaft gemacht worden sind. Wenn dann die Rechnung nach zwei Jahren fertig ist, dann soll sie uns präsentiert werden in einer Summe, und wir sollen, wie es in den Bestimmungen des Vertrags heißt, Gelegenheit haben, uns nach Billigkeit zu äußern. Was diese Aeußerung für ein Ziel erreichen wird, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man sich vorstellt, daß wir in der Kommission, die diese Liquidation vornimmt, nicht beteiligt sind, und daß die Mitglieder dieser Kommission haßerfüllte Leute sind, von Mißgunst gegen das deutsche Volk erfüllt und erfüllt von dem Bestreben, das deutsche Volk soviel als möglich niederzudrücken.

Auf diese Rechnung, die wir später erst präsentiert bekommen werden, die wir aber, wie ausdrücklich in den Bestimmungen gesagt wird, schon jetzt als richtig anerkennen müssen, auf diese Rechnung sollen wir einstweilen einmal 20 Milliarden Mark innerhalb der nächsten zwei Jahre bezahlen, und wir sollen unser ganzes Vermögen, was das Reich, und was die Einzelstaaten besitzen, was wir an Einnahmen haben, als Pfand gelten lassen für die Zahlungen, die wir hiernach zu leisten haben. Alle diese Forderungen müssen vorweg bezahlt werden, und erst wenn noch etwas übrig bleibt, sollen wir es bekommen. Aber es wird in Ewigkeit nichts übrig bleiben, wenn wir alles das leisten sollen, was die Entente beabsichtigt uns aufzuerlegen, und deshalb müssen wir es ablehnen, diese kolossalen Lasten unbesehen zu übernehmen, weil uns niemand zumuten kann, daß wir uns selbst ins Grab stürzen.

Auch wenn unser wirtschaftliches Leben in dem blühenden Stand wäre, in dem es am 1. August 1914 gewesen ist, wären wir nicht imstande, das zu leisten, was die Entente und ihre Verbündeten uns zumuten wollen; aber ihr Haß geht so weit und ihr Neid ist so groß, daß sie es nicht einmal dulden wollen, daß unser wirtschaftliches Leben sich wieder hebt, auch wenn unsere Leistungsmöglichkeit ihnen gegenüber davon abhängt. Alle unsere Kolonien ohne Unterschied sollen uns weggenommen werden; die Entente will sie unter sich verteilen; unsere Schiffe müssen wir herausgeben bis auf geringe Reste; unsere Werften sollen verpflichtet werden, daß sie in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren, so lange die Entente und ihre Verbündeten ein Bedürfnis dafür haben, nur für sie Schiffe bauen. Unsere Interessen haben keine Beachtung gefunden. Unsere Kohlen sollen wir in einem Maße, daß wir dabei selbst garnicht bestehen können, abliefern an die Entente. Unsere Chemikalien, soweit sie Wert für sie haben, sollen wir an sie abliefern. Unsere ganze Wirtschaft soll unter die Knute der Entente kommen. Alle unsere industriellen oder sonstigen Etablissements, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs in den Staaten unserer Feinde liegen, sollen verloren sein und sollen an diese Staaten übergehen, auch insoweit sie privaten Personen gehören; diese privaten Personen aber sollen aus Mitteln des Reiches entschädigt werden. Eine Meistbegünstigung sollen wir den alliierten und assoziierten Mächten einräumen, wenn wir irgendwo in der Welt einem anderen Staate auch noch so kleine Vergünstigungen einräumen; nirgends aber ist in den Bedingungen davon die Rede, daß wir irgendwo das Recht der Gegenseitigkeit auch gegenüber den anderen Staaten haben sollten. Bei einem derartigen Regime ist es unmöglich, irgendwelche Handelsverträge einzugehen, die uns eine günstige Handelsbeziehung zu irgend einem Auslande einräumen würde. Die Flüsse, die großen schiffbaren Flüsse Deutschlands, die Elbe, die Oder, der Memel, die Donau bis nach Ulm herauf sollen internationalisiert werden. Alle Staaten sollen das gleiche Recht haben, auf diesen Flüssen zu fahren mit denselben Vergünstigungen, die wir eigenen Angrenzer haben, und diese Flüsse werden nicht mehr durch die deutsche Regierung verwaltet, sondern durch Zentralkommissionen, die eingesetzt

werden von den verbündeten und assoziierten Mächten, und in denen wir Deutsche bloß eine sehr untergeordnete, verschwindende Rolle spielen.

Das alles ist geeignet, unser wirtschaftliches Leben vollständig in der Verkümmerung zu halten. Der Herr Staatspräsident hat schon auf einige Punkte hingewiesen, die speziell den Rhein betreffen, der ja für uns eine besonders wichtige Sache ist; ich will aber doch noch Einiges in Bezug auf den Rhein dem beifügen, weil das von besonderem Interesse für uns ist. An Stelle der Rheinschiffahrtskommission, die bisher international zwischen den Uferstaaten gebildet ist, soll in Zukunft eine Zentralkommission gebildet werden, die besteht aus 2 Vertretern der Niederlande, 2 Vertretern der Schweiz, 4 Vertretern der deutschen Rheinuferstaaten, 4 Vertretern Frankreichs, welches außerdem den Vorsitzenden der Kommission ernennen wird, 2 Vertretern Großbritanniens, 2 Vertretern Italiens und 2 Vertretern Belgiens. Sie sehen, der deutsche Rhein, auf den das deutsche Volk bisher stolz gewesen ist, soll in Zukunft nicht mehr ein deutscher Fluß sein, sondern ein Fluß, der unter der Direktion der Franzosen steht. Die Franzosen, die mit einem verhältnismäßig sehr kleinen Stück an den Rhein angrenzen, sollen mehr Rechte haben, als wir Deutsche, die wir doch einen sehr viel größeren Anteil haben. Es ist von dem Herrn Staatspräsidenten schon angeführt worden, daß alle Rechte auf Wasser und auf Wasserkräfte zunächst zur Verfügung der Franzosen sein sollen innerhalb der Grenzen, die das französische Land am Rhein umfaßt, und es ist bereits gesagt worden, daß wir Deutsche keinen Anspruch auf Naturalbezug von Elektrizitätskraft haben, sondern daß wir eventuell uns auch einfach mit Geld abfinden lassen müssen. Ich will aber weiter noch beifügen, daß es hier in den Bestimmungen auch heißt, daß Frankreich das Recht hat, in dem Teil des Flusses, an den es grenzt, Herstellungs-, Stau- und sonstige Arbeiten aller Art machen zu lassen, welche es für die Erzeugung der Wasserkräfte für nützlich halten wird. Es ist beigefügt: „Das Recht, Wasser dem Rhein zu entnehmen, wird auch Belgien zuerkannt für die Speisung des vorgesehenen Rhein-Maaskanals". Frankreich und Belgien dürfen Wasser für ihre Zwecke entnehmen; gefragt brauchen wir nicht zu werden. Ob auch wir das Recht haben, Wasser für unsere Zwecke zu entnehmen, davon ist in diesen Friedensbedingungen keine Rede, das wird jedenfalls von dem guten Willen der Entente abhängen, auf den zu vertrauen wir keine allzu große Veranlassung haben.

Aber noch weiter! Es steht da die Bedingung, daß, wenn die Schweiz darauf anträgt und die Zentralkommission ihre Genehmigung gibt, dieselben Rechte, wie an Frankreich, für den Teil des Flusses, der an die Schweiz grenzt, an die Schweizer gegeben werden können. Also auch die Schweizer können das Recht erhalten, die Wasserkräfte auszubeuten und uns einfach mit einer entsprechenden Anteilzahlung in Geld abzufinden. Die schönen Wasserkräfte am Rhein, auf die wir so große Hoffnung für die Zukunft und für die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens gesetzt haben, diese schönen Wasserkräfte am Rhein sind eine höchst problematische Sache geworden.

Aber noch weiter, ich will auch auf den Paragraphen hinweisen, der besagt, daß, wenn innerhalb einer Frist von 25 Jahren von der Inkraftsetzung des gegenwärtigen Vertrags ab Belgien sich entschließen sollte, für tiefgehende Schiffe eine schiffbare Wasserstraße Rhein-Mosel in der Höhe von Ruhrort zu bauen, Deutschland verpflichtet sei, nach den belgischen Plänen den auf diesem Gebiet liegenden Teil dieses schiffbaren Wasserwegs zu bauen. Es wird hier also eine Art Staatsservitut konstruiert, das Belgien das Recht gibt zu kommandieren, daß Deutschland Wasserwege baut ohne Rücksicht darauf, ob Deutschland wirklich Interesse daran hat, daß sie gebaut werden, oder ob es nicht vielmehr das gegenteilige Interesse daran hat, daß diese Wasserwege nicht gebaut werden. Wir müssen auch dagegen auf das feierlichste protestieren und müssen es ablehnen, uns so, wie das hier vorgeschlagen wird, die Hände binden zu lassen.

Der Herr Staatspräsident hat auch bereits darauf hingewiesen, wie es mit der Abrüstungsfrage steht. In den 14 Wilsonschen Bedingungen spielt die Abrüstung eine große Rolle. Hier in diesen Bedingungen wird uns in der Weise, wie der Herr Staatspräsident bereits angegeben hat, die Rüstung vorgeschrieben bis in die kleinste Organisation hinunter. Es wird uns vorgeschrieben, daß wir 100 000 Soldaten und 15 000 Marineleute halten dürfen. Es wird uns vorgeschrieben, daß es in Zukunft in Deutschland keine Wehrpflicht mehr geben darf, sondern nur noch angeworbene Truppen. Aber mit welcher Finesse diese Bestimmungen geregelt sind, dafür möchte ich Ihnen doch noch ein paar Belege geben. Damit nicht etwa durch einen zu raschen Wechsel der geworbenen Militärpersonen eine zu große militärische Ausbildung von Mannschaften stattfindet, ist vorgeschrieben, daß die Soldaten, die eingestellt worden sind, mindestens 12 Jahre lang dienen müssen, und die Offiziere mindestens 25 Jahre. Es wurde vorgeschrieben, daß höchstens 5 Proz. des Mannschafts- und Offizierbestandes im Jahre aus dem Heer ausscheiden dürfen. Es ist weiter vorgeschrieben, daß wir die Zahl unserer Grenzwächter, die Zahl unserer Jagdaufseher, die Zahl unserer Gendarmen, die Zahl derjenigen Personen, die mit Waffen einigermaßen umzugehen wissen und dafür einigermaßen ausgebildet sind, daß wir die Zahl aller dieser Beamten nicht über den Stand hinaus vermehren dürfen, den sie am 1. August 1914 gehabt haben. Es ist weiter vorgeschrieben, daß auch die Schüler der Mittelschulen, der Universitäten und der Schulen irgendwelcher Art überhaupt keine militärischen Uebungen, Exerzitien und Instruktionen erhalten dürfen, alles in der Furcht, in der wirklichen oder angeblichen Furcht, da-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mit nicht die militärisch gebildeten Kräfte Deutschlands über dasjenige Maß hinaus vermehrt werden, das die Entente selbst für genügend und für nützlich für uns hält. Was aber die Entente selbst anbelangt, so bekennt sie sich zwar auch zu dem Prinzip der Abrüstung, aber diese Abrüstung ist hier nicht festgelegt in dem Völkerbundsvertrag, sondern darüber soll in Zukunft eine Verständigung unter den betreffenden Regierungen stattfinden.

Ich will damit die Auslese aus diesem dickleibigen Buch, das nicht weniger als 440 Artikel umfaßt, wobei sehr viele wieder Anlagen, mehrere Anlagen, z. T. von 20—30 Paragraphen haben, schließen. Ich glaube, diese Auslese allein genügt schon, um Ihnen ein grauenhaftes Bild von dem zu geben, wie sich unsere Zukunft gestalten würde, wenn wir unter diesem Regime leben müßten. Wir wären Sklaven der Entente, und das wollen wir nicht werden. Wir müßten arbeiten, daß uns das Blut unter den Nägeln hervorkäme, und wir wären doch nicht imstande, die Leistungen alle zu erfüllen, die die Entente uns auferlegen wird. Wir wären am allerwenigsten imstande, unsere eigenen Bedürfnisse auch nur einigermaßen zu befriedigen. Und deshalb müssen wir sagen: Diese Friedensbedingungen sind unerfüllbar, sie sind unerträglich, und weil sie unerfüllbar und unerträglich sind, müssen wir als ehrliche Menschen sagen: Sie sind unannehmbar. Wir könnten nur dann diese Friedensbedingungen unterschreiben, wenn wir den stillen Vorbehalt machten, sie nicht zu halten. Wir sind aber zu ehrlich, um eine derartige Haltung einzunehmen, und deswegen sagen wir: Wir können sie nicht annehmen, weil wir sie nicht halten können.

Die deutsche Regierung hat Gegenvorschläge gemacht und sie ist noch im Begriffe, weitere Gegenvorschläge zu machen in Bezug auf die einzelnen Punkte, die sich auf den Wilsonschen 14 Punkten aufbauen. Hoffen wir, daß diese Vorschläge nicht umsonst gemacht werden! Wir wünschen es in unserem eigenen Interesse, wir wünschen es auch im Interesse der alliierten und assoziierten Länder, die gegen uns stehen. Wir wünschen es im Interesse der Ruhe und der ungestörten Entwicklung der Welt. Wir wünschen es im Interesse des Weltfriedens, und wir hoffen, daß das, was wir wünschen, nicht vollständig unerfüllt bleibt.

Abg. Marum (Sozialdem.)

Als im Jahre 1914 der Krieg losbrach, hat die deutsche Sozialdemokratie durch ihren Sprecher erklären lassen, daß wir in der Stunde der Not das Vaterland nicht im Stiche lassen. Das Volk der Arbeit hat 4½ Jahre hindurch diesen Satz mit seinem Blut draußen und mit seiner Arbeitskraft daheim besiegelt. Wenn schon damals die Not des Volkes groß war, wenn schon damals die Gefahr fürchterlich war, in der Reich und Volk schwebten, so war sie gering gegen die Gefahr, welcher heute das Deutsche Reich und das deutsche Volk sich gegenübersehen. Es ist heute in ganz besonderem Maße unser Reich, das in Gefahr steht, es ist das Reich, das die Arbeiterschaft mit neu gechaffen hat und mit neu aufbauen will, das in Gefahr steht, durch diesen Vorschlag eines Friedens zertrümmert und in Stücke geschlagen zu werden, das in Gefahr steht, heute zum Tode verurteilt zu werden, wenn dieser Friedensvorschlag Gesetz wird.

Mit welchen Gefühlen stehen wir angesichts dieses ungeheuerlichen Endes des 4jährigen wahnsinnigen Mordens einem solchen Friedensvorschlag gegenüber? Das erste, was in uns aufkeimen möchte, wäre die Frage: Warum hat das geschehen müssen, daß solcher Wahnsinn über die ganze Welt gekommen ist? Sollen wir heute daran denken, daß damals am 4. August 1914 unser Sprecher erklärte: „Wir lehnen die Verantwortung für den Krieg ab, weil wir die Verantwortung für die Politik ablehnten, die vor dem Kriege getrieben worden ist.“? Sollen wir heute schon und hier Gerichtstag halten über die Mächte, die hüben wie drüben zum Kriege gehetzt haben in verbrecherischem Wahnwitz? Sollen wir heute schon Anklage erheben gegen die Mächte und Menschen, die um des Phantoms der Macht und des Imperialismus willen die Völker in namenloses Elend und Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt haben? Noch ist die Stunde dieser Abrechnung nicht gekommen, weil die gemeinsame Gefahr des Volkes zu groß ist. Aber hier heißt es: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Der Tag wird kommen, an dem abgerechnet werden wird.

Wenn wir dieses Buch der Friedensbedingungen kalt durchlesen, dann wallt es in jedem auf, der Blut in seinen Adern hat. Empörung, Schrecken, Zorn und Enttäuschung sind es, die wir empfinden, wenn wir auf jeder einzelnen Seite und in jedem einzelnen dieser 440 Artikel lesen, was uns zugemutet wird. Schrecken darüber, daß man es wagt, Deutsche abzutrennen von dem gesamtdeutschen Volke. Wir erheben Widerspruch dagegen, daß man in dieser Weise das von Wilson feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einer Fratze macht, indem man Menschen einfach verschachert wie Steine auf einem Brett, indem man ganze Volksstämme, die Deutsche bleiben wollen, hinausjagt aus den Grenzen des Deutschen Reiches. Zorn erfaßt uns wegen der Art und Weise, in welcher das Volk, die deutsche Arbeiterschaft besonders, zu Sklaven gemacht werden und frohnden soll im Dienste amerikanischen, englischen und französischen Kapitals. Empörung erfüllt uns wegen der Herzlosigkeit und wegen der Rachsucht, die aus jeder einzelnen dieser Bestimmungen nicht gegen die alte deutsche Regierung, sondern gegen das deutsch Volk spricht. Aber vor allem sind wir erfüllt von einer grenzenlosen Enttäuschung. Wir haben harte und schwere Bedingungen erwartet, als wir uns im November 1918 den Worten Wilsons unterworfen haben. Aber wir haben durch diese Unterwerfung den unumstößlichen Rechtsanspruch

auf einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit erlangt, und ich kann noch nicht glauben, daß es lediglich ein Gaukelspiel gewesen sein soll, das Wilson damals und seitdem mit uns getrieben hat. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß es den Unterhändlern des Reichs und daß es dem einheitlich bekundeten Willen des deutschen Volkes gelingen wird, solche Aenderungen dieses Vorschlages herbeizuführen, daß man annähernd auch nur von einem Frieden der Versöhnung oder der Verständigung reden kann. Wir haben einen Anspruch auf einen Frieden der Selbstbestimmung, der Verständigung, auf einen Frieden der Gerechtigkeit. Dieser Friedensvorschlag enthält nur Unrecht in jeder Form und in höchstem Ausmaß.

Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß in allem und jedem wir uns den Erklärungen anschließen, die der Herr Staatspräsident soeben abgegeben hat. Das gilt insbesondere für unsere badischen Sorgen, die wir wegen Kehls, wegen der Frage der Rheinschiffahrt und wegen der Frage der Rheinwasserkräfte haben, die von dem Herrn Vorredner dargelegt worden sind, und die wir wohl äußern dürfen, ohne in die Gefahr zu kommen, daß wir Partikularisten gescholten werden. Wir erheben gegen diese Friedensbestimmungen und Vorschläge in ihrer Gesamtheit den schärfsten Einspruch. Wir haben als Sozialdemokraten ein besonderes Recht dazu, diesen Einspruch zu erheben, denn wir haben vom ersten Tag des Krieges an erklärt, daß wir keinen Frieden der Gewalt, sondern einen Frieden des Rechts wollen. Wir haben vom ersten Tage an erklärt, daß wir nicht haben wollen, daß dieser Krieg endet mit Annexionen und Entschädigungen, sondern wir haben von vornherein uns auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Frieden durch einen Bund der Völker ausgeglichen werden soll, der zu einer ewigen, dauernden Völkerversöhnung führt.

Aber nicht Zorn, Empörung, Schreck und Enttäuschung und das Gefühl überhaupt soll uns leiten, wenn wir den Vorschlag prüfen, den unsere Feinde uns gemacht haben, die kalte Vernunft allein müssen wir walten lassen bei der Prüfung der Frage, ob dieser Friede erträglich und erfüllbar ist. Wenn wir aber auch lediglich vom Standpunkt der Vernunft aus, lediglich mit dem Kopfe die Friedensbedingungen betrachten, dann müssen wir zu dem Entscheid kommen, daß dieser Friedensvorschlag nicht Gesetz werden kann. Es ist ganz unmöglich, daß, wenn dieser Friede, so wie er uns vorliegt, geschlossen wird, Deutschland, sein Volk, seine Arbeiterschaft, seine Sozialdemokratie weiterleben können.

Ich will nicht im einzelnen die Bestimmungen dieses Friedensvorschlages hier einer Erörterung unterziehen. Das würde zu weit führen. Es ist diese Versammlung auch nicht der geeignete Ort dafür, sondern im Reich wird man eine solche Prüfung vornehmen müssen; ich will aber wenige Bemerkungen nur machen, die vielleicht vom Standpunkte eines Sozialdemokraten besonders gemacht werden müssen, um darzutun, daß dieser Vorschlag unerträglich ist.

Es kam den Engländern, Franzosen und Amerikanern nicht lediglich darauf an, einen solchen Frieden zu schließen, der ihnen eine politische Machterweiterung, eine Sühne für Geschehenes, oder der ihnen einen Ersatz ihrer Schäden bringt, sondern aus allen Bestimmungen dieses Friedensvorschlags sieht man, daß es ihnen darauf ankam, Deutschland wirtschaftlich zu zertrümmern, daß es in diesem Kriege sich um einen Wirtschaftskampf ungeheuersten Ausmaßes handelt, der von der englischen, amerikanischen und französischen Kapitalistenklasse gegen die deutsche Kapitalistenklasse und gegen die deutsche Arbeiterschaft geführt wird. Die Folge dieses Friedensvorschlags, wenn er Gesetz wird, wird sein, daß die deutsche Industrie zu einem Krüppel geschlagen ist, daß wir im Export nicht mehr leisten, als was unsere Sklavenvögte von uns verlangen, und daß wir auch in der Wirtschaft für das Inland nur soviel leisten können, als knapp notwendig ist, um die Sklavenarbeiter bei Kräften zu erhalten und Entschädigungen für die Feinde aufzubringen. Die Folgen der Tatsache, daß die deutsche Industrie zum Krüppel wird, trägt nicht nur das Industriekapital, und nicht einmal in erster Reihe dieses, die Folgen dieser Verkrüppelung haben die deutschen Arbeiter zu tragen. Sie sind es, die mit ihrem Blut und mit ihrer Existenz die Zeche bezahlen sollen.

Ich will nur auf zwei Folgen in dieser Richtung hinweisen. Die eine Folge wird sein, daß wieder, wie früher, eine gewaltige Auswanderung der Arbeiterschaft aus Deutschland einsetzen wird. Die Industrie wird nicht mehr in der Lage sein, die Hunderttausende und Millionen der deutschen Arbeiter zu beschäftigen, sondern sie werden gezwungen sein, irgendwohin sich zu wenden, und wenn sie nicht zugelassen werden zu den Ländern der Entente, müssen sie als Kolonisten irgendwo anders in fremden Welteilen sich niederlassen. Eine weitere Folge wird sein, daß diejenigen, die zu Hause bleiben, infolge der ungeheueren Arbeitslosigkeit, die in Deutschland chronisch werden wird, zu geringen Löhnen werden arbeiten müssen, die nicht das Existenzminimum erreichen, und den Preis der Arbeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, werden nicht die deutschen Arbeiter frei, zusammen mit den deutschen Unternehmern, bestimmen können, sondern die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden festgesetzt auf Grund der Preise, die die berüchtigte Kommission für Wiedergutmachung für die deutschen Produkte bezahlen wird. So werden die Löhne der deutschen Arbeiter aussehen.

Aber ich glaube, gerade aus diesen beiden Punkten zeigt sich, daß hier schon der Bogen von der Entente überspannt ist, und daß diese wirtschaftlichen Bestimmungen zu einem Pfeil werden, der auf den Schützen zurückprallt. Die Arbeiterschaft Deutschlands, die gezwungen wird, auszuwan-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

dern, wird den Samen des Sozialismus in die Länder tragen, in die sie kommt. Die Arbeiterschaft Deutschlands, die zu Hause zu schmählichen Lohnbedingungen arbeiten muß, wird erfüllt werden von dem Haß gegen die feindlichen Nutznießer ihrer Arbeit. Man hat aus diesem Frieden überhaupt den Eindruck, daß einer der Hauptgesichtspunkte für die Aufstellung der Friedensbedingungen es gewesen ist, den Profit des amerikanischen, englischen und französischen Kapitals zu sichern dadurch, daß man diesem Kapital eine billige deutsche Sklavenarbeiterarmee aufstellt. Die Arbeiter Englands, Frankreichs und der anderen feindlichen Länder mögen bedenken, daß diese Art des Friedensschlusses sich gegen sie selbst kehren muß, und daß ihre eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen herabgedrückt werden, wenn der Entente eine solche industrielle Reservearmee zur Verfügung steht. Es ist überhaupt der Haß gegen den Sozialismus, der sich auf jeder Seite dieses von kapitalistischen Vertretern der Regierungen geschriebenen Friedensvertrages zeigt. Ich will das beweisen, indem ich nur einen Titel herausgreife, nämlich den über die Organisation der Arbeit und über das Weltarbeitsamt. Auch in den Ländern der Entente drängt die Arbeiterschaft nach stärkerer Anteilnahme an den Regierungsgeschäften. Auch dort ist man auf dem Wege, auf dem man in Deutschland vor der Revolution gewesen ist, daß man versucht, durch Kleinigkeiten, durch geringes und scheinbares Entgegenkommen den Wünschen der Arbeiterschaft zu begegnen. Und so hat man in diesen Friedensvertrag Bestimmungen aufgenommen über eine Organisation zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und über die Schaffung eines Weltarbeitsamtes. Die Art der Zusammensetzung dieser Behörde zeigt aber, daß es sich hier nicht um eine wahre, dem Willen und den Wünschen der Arbeiterschaft dieser Länder auch nur einigermaßen entsprechende Einrichtung handelt. Es ist durch die Zusammensetzung dieser Organisationen, in denen die kapitalistischen Regierungen jedes Landes der Entente 2 Vertreter, die Arbeiterschaft einen und die Arbeitgeber einen Vertreter haben, dafür gesorgt, daß die Vertreter der Arbeiterschaft dort in der Minderheit bleiben, und daß von allen diesen Organisationen keine Beschlüsse gefaßt werden, die den Regierungen der Entente nicht in den Kram passen.

Aber noch weiter. An dieser Organisation zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, diesem Weltarbeitsamt, dem internationalen Arbeitskongreß, der im Oktober 1919 nach dem Vorschlag des Friedensvertrags in Washington zusammentreten soll, an allen diesen Einrichtungen nehmen die Mitglieder des Völkerbundes teil. Es nehmen also daran teil die chinesischen Kulis, die Neger von Liberia, aber die Arbeiter von Deutschland, Oesterreich und Rußland sind ausgeschlossen davon. Wer solches der vorgeschrittensten Arbeiterschaft der Welt zu bieten wagt, der zeigt, daß es ihm dabei nicht darauf ankommt, einen Frieden der Völkerversöhnung, einen Frieden der Gerechtigkeit zu schließen, sondern daß es ihm lediglich darauf ankommt, sich zu sichern gegen das Andringen der Arbeiterschaft.

Und schließlich der Völkerbund! Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat über die Organisation des Völkerbundes vieles Richtige und Zutreffende gesagt. Ich möchte dem nur eines hinzufügen. Wir sind schon vor dem Kriege für eine Verständigung der Völker eingetreten. Wir haben vor dem Kriege schon jahrzehntelang Verfolgung auf uns genommen als Internationalisten, weil wir für eine Verständigung der Völker eingetreten sind. Wäre es nicht vielleicht doch besser gewesen, wenn die Bestrebungen, die wir damals schon in Deutschland und in den andern Ländern Europas verbreitet haben, von den regierenden Mächten akzeptiert worden wären? Ich erinnere nur an eines. Es ist unser verstorbener Freund Dr. Frank gewesen, der in Bern und in Basel den Versuch gemacht hat, mit einsichtigen politischen Bürgern des Nachbarlandes eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Wäre es nicht vielleicht für Deutschland und für Frankreich doch nützlicher gewesen, wenn man vor dem Kriege auf das Wort dieser Männer gehört hätte, statt sie als Vaterlandsverräter und Feinde zu verketzern? Dieser Völkerbund ist kein Bund der Völker, sondern eine Vereinigung unserer Feinde zur Niederhaltung des deutschen Volkes auf ewig. Wenn man die Liste der Mitglieder dieses Völkerbundes ansieht, und wenn man liest, daß neue Mitglieder, also auch Deutschland nur mit zwei Drittel Mehrheit aufgenommen werden können, und daß allein die Länder der Entente, die mit uns im Kriege gestanden haben, mehr als zwei Drittel der Mitglieder gegenüber den Neutralen zählen, daß also von dem Willen unserer Feinde allein es abhängt, ob wir in Zukunft einmal aufgenommen werden, dann wird man sagen müssen: das ist nicht der Bund, wie wir ihn uns vorgestellt haben. Nicht einen Bund der Regierungen, sondern einen Bund der Völker wollen wir tatsächlich haben. Wir wollen haben, daß die Vertreter zu dieser überstaatlichen Organisation bestimmt werden durch die Volksvertretungen der einzelnen Staaten, daß es nicht wieder Vertrauensmänner der Leute sind, die in den Ländern der Entente heute noch an der Regierung sind.

So sieht in diesen wenigen Bestimmungen, die ich angeführt habe, der Friede aus, und es ergibt sich daraus, daß auch für einen Sozialdemokraten und für den erst recht dieser Friedensvorschlag unerträglich ist. Daß er auch unerfüllbar ist, brauche ich Ihnen hier nicht erst noch einmal zu beweisen. Sie haben es aus den Worten des Herrn Staatspräsidenten gehört, und Sie haben es in der Deutschen Na-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

tionalversammlung von dem deutschen Ministerpräsidenten und allen Rednern in aller Ausführlichkeit gehört.

Wenn man den Friedensvorschlag durchliest, dann findet man auf jeder Seite des Entwurfs die Worte: „Deutschland verzichtet", „Deutschland verpflichtet sich", „Deutschland erkennt an". Wir erkennen an, daß unser Land in gleicher Weise wie unsere Feinde schuld an diesem Morden ist. Wir lehnen es aber ab, Deutschland allein als den Schuldigen an diesem Morden hinstellen zu lassen. Unsere Schuld ist nicht größer als die der anderen Staaten, die in gleicher Weise wie das Deutsche Reich imperialistische Politik getrieben haben. Wir wollen uns verpflichten, alles das wieder gut zu machen, was wir beim Abschluß des Waffenstillstandes versprochen haben. Aber es ist ein Wahnsinn, uns zuzumuten, daß wir den Schaden der ganzen Welt gutmachen sollen. Das ist keine Wiedergutmachung, sondern eine Erpressung. Das erstere erkennen wir an, dazu verpflichten wir uns, aber wir verzichten nicht freiwillig auf unser Recht und auf unsere Freiheit. Wir haben nicht deswegen jetzt die innere Freiheit erworben, wir haben nicht deswegen das Joch des deutschen Militarismus abgeworfen, um uns in die Knechtschaft des feindlichen Kapitalismus zu begeben. Wir verzichten nicht auf das Recht, als Gleiche in der Gemeinschaft der Völker zu leben.

Was sollen wir nun tun gegenüber einem solchen Friedensvorschlage? Man hört verschiedene Pläne und Ratschläge, die uns angesonnen werden. Die einen sagen, wir sollen unterschreiben und versuchen zu erfüllen, um Brot zu bekommen, um Rohstoffe zu bekommen, um nur den Frieden zu bekommen. Unterschreiben und versuchen zu erfüllen? Ich sage: Nein! Wer glaubt, daß wir dann Brot und Rohstoffe genügend bekommen, der täuscht sich; der mag nur diesen Friedensvorschlag lesen, und er wird an vielen Stellen die Bestimmung finden, daß die Kommission für Wiedergutmachung bestimmen wird, daß uns nur so viele Nahrungsmittel, so viele Rohstoffe geliefert werden, um das Deutsche Reich in den Stand zu setzen, seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachung nachzukommen. Aber auch nicht ein Bissen Brot mehr wird uns geliefert, als notwendig ist, um die deutschen Sklaven beim Leben und bei Arbeitsfähigkeit zu erhalten, und nicht ein Kilogramm Eisen mehr werden wir bekommen, als notwendig ist, um für die feindlichen Länder zu arbeiten. Dieser Friedensvertrag kann nicht erfüllt und deshalb kann er nicht unterschrieben werden.

Die anderen sagen: Unterschreiben, aber mit dem offenen oder geheimen Vorbehalt, den Vertrag nicht zu erfüllen. Da sage ich doppelt: Nein! Nur keine Lüge! Deutschland ist — ich will die Ursache nicht erörtern weshalb — in der ganzen Welt, nicht nur bei den Feinden, sondern auch bei den Neutralen und selbst bei den Staaten, die uns am wenigsten feindselig gegenüberstehen, in dem Rufe, jetzt nicht mehr das Volk der deutschen Treue, sondern das Volk zu sein, das an Verträge sich nicht hält. Was wir jetzt unterschreiben, das wollen wir halten. Wir wollen die Welt wieder mit Vertrauen zu dem deutschen Volke erfüllen. Das kann nur dann geschehen, wenn wir uns zu keinem Buchstaben mehr verpflichten, als wir überzeugt sind, halten und ausführen zu können. Deshalb ist es falsch, mit diesem Vorbehalt zu unterschreiben.

Andere wieder sagen: Unterschreiben, nur um Frieden zu bekommen, und auf die Weltrevolution warten! Auch das ist falsch. Ich fürchte, diese Weltrevolution wird nicht so rasch kommen. Ich fürchte, die englischen, die französischen Arbeiter werden das Joch, das die deutschen Arbeiter abgeworfen haben und unter dem sie noch seufzen, nicht so rasch abwerfen können wie die deutschen Arbeiter. Es ist in dem Lande, das eben siegreich aus einem Kriege heimkehrt, etwas ganz anderes, eine Revolution entstehen zu lassen, als in einem Lande, das eben eine blutige Niederlage erlitten hat. Es ist sinnlos, jetzt zu unterschreiben und sich zu verpflichten und auf die Weltrevolution zu warten.

Was bleibt also übrig? Nur das, daß wir diesen Friedensvorschlag ablehnen, weil er unerträglich und unerfüllbar ist. Aber es ist nicht damit getan, daß wir erklären: Wir lehnen ab!, sondern wir müssen uns klar sein über die Folgen, die dann entstehen, und es kann Schlimmes kommen. Aber denken wir daran: viel Schlimmeres als während dieser 4½ Jahre unsere Soldaten draußen erlebt haben, wird nicht eintreten. Denken wir daran, daß es eine sittliche Pflicht der Völker gibt, nicht weichlich wegen des Mangels an Genüssen sich dazu herzugeben, die Freiheit zu verkaufen, um 14 Tage Weißbrot zu essen, um ein rohes Beispiel zu wählen. Denken wir daran, daß auch in diesem Kriege ganze Völker noch schwerere Leiden erduldet haben als das deutsche Volk. Denken wir daran, daß diejenigen Völker, die im unmittelbaren Kriegsgebiet gewohnt haben, Furchtbares in diesem Kriege erlitten haben und doch ihre Ueberzeugung nicht verkauften, sondern 4½ Jahre ausgehalten haben. Es wird eine sittliche Pflicht des deutschen Volkes sein, durch Schwerstes hindurchzugehen. Aber ich habe die Hoffnung: Es kann nicht sein, daß ein solcher Friede dauernde Geltung bekommt. Es kann nicht sein, daß man ein solches Volk wie das deutsche dauernd knechtet und unterdrückt. Es kann nicht sein, daß ein solches Volk wie das deutsche untergeht. Man hat früher bei uns in Deutschland das stolze und hochmütige Wort gesprochen: Deutschland in der Welt voran! Vielleicht sind wir in Bezug auf militärische Rüstungen in der Welt voran gewesen. In Zukunft werden wir auf diesem Gebiete und vielleicht auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht in der Welt voran sein, was die nächsten Jahrzehnte angeht. Aber in zwei Din-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gen können wir der Welt vorangehen, können wir ihr ein Beispiel geben, können wir auch die Ueberzeugung in den Völkern der anderen, der feindlichen Staaten zu unseren Gunsten wenden. Wir können den Völkern der Welt in der Zukunft ein Beispiel und ein Vorbild geben wahrer Demokratie, wahrer sittlicher Erneuerung, wahrer Gleichberechtigung und wir können ihnen ein Beispiel geben sozialer Gerechtigkeit. Es wird vielleicht möglich sein, daß wir auf diesem Wege das Gewissen der Welt erwachen lassen, das jetzt von den Siegestrommeln und den Siegesfanfaren in den feindlichen Ländern übertönt ist. Es wird vielleicht möglich sein, daß wir, nicht jetzt, aber in Jahren, vielleicht in einem Jahrzehnt oder noch später, die Völker der Entente, das arbeitende Volk Frankreichs und Englands dahin bringen, daß es zur Vernunft kommt, daß es Einsicht gewinnt und den Einfluß auf die Politik seiner Länder erringt, den es jetzt leider nicht hat und nicht zu unseren Gunsten ausüben kann. Vielleicht wird das möglich sein, und vielleicht wird so Deutschland die Rettung werden.

Aber das kann heute schon gesagt werden: Dieser Friedensvorschlag, wie er uns gemacht ist, kann nicht Gesetz werden. Uns können bei der Beurteilung dieses unerträglichen und unerfüllbaren Vorschlags nur zwei Leitsterne führen: Wir prüfen, ob unser Recht gewahrt ist, ob unsere Freiheit gewahrt ist. Beides ist nicht gewahrt. Nur wenn Recht und Freiheit des deutschen Volkes gewahrt werden, nur dann, wenn entsprechend den Proklamationen des amerikanischen Präsidenten das Recht der Selbstbestimmung und die Freiheit der Entscheidung der Völker gewahrt sind, nur dann können wir einen Frieden annehmen, nur dann kann aus dem Wahnsinn dieses Krieges nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit etwas entstehen, was die Menschheit wieder zum Aufatmen, zum Frieden und zum Glück gelangen läßt."

Abg. König (D. Dem. P.):

„Niemals hat die Welt einen so furchtbaren Vernichtungsplan gesehen, wie die Feinde ihn gegen uns ausgesonnen haben. Die aufflammende Entrüstung, die Empörung ringt nach einem Ausdruck; und doch kann unser Wort nicht hinreichen an die Größe der Tragik, der wir gegenüberstehen. Es sollen vernichtet werden unsere nationale, unsere wirtschaftliche Existenz, unsere Selbständigkeit, unsere Freiheit und unsere Ehre. Jeder Deutsche als Einzelner, er mag sein in irgend einem der feindlichen Länder, auch er soll tödlich getroffen werden. Wir sollen Gebiete verlieren im Osten und Westen, ohne die wir nicht leben können. Millionen deutscher Brüder sollen feindlicher Herrschaft unterstellt werden. Unseren österreichischen Brüdern, die zu uns kommen wollen, wird der Zutritt versagt. Wir sollen im eigenen Lande unter die Kontrolle der Feinde kommen, unsere Ströme sollen internationalisiert werden, auf dem Rhein, unserer wichtigsten Verkehrsader, auf dem Rhein, dem deutschesten der deutschen Ströme, an dessen Gestade unsere alten Städte liegen, in dessen Fluten die altehrwürdigen Dome sich spiegeln, die vor Jahrhunderten unsere Väter errichteten, auf dem Rhein mit seinen Burgen, umwoben von der deutschen Sage und besungen von dem deutschen Lied, auf diesem Rhein sollen künftig Fremde gebieten. Wir sollen unsere Kolonien verlieren, neben der Kriegsflotte auch die Handelsflotte abliefern und auf unsere Kabel zugunsten der Feinde verzichten. So sind wir dann vollständig für den Außenhandel unter die Kontrolle der Feinde gestellt, von deren Gnade und Ungnade abhängig, und ohne den Außenhandel können wir schlechterdings nicht leben. Deutschland hat zu verzichten auf alle Gerechtsamen im feindlichen Ausland. Die Rechte und Ansprüche Deutscher im feindlichen Ausland werden für nichtig erklärt; was sie dort besitzen, wird ihnen weggenommen. So sehen wir das deutsche Volk nach dem Willen der Feinde wehrlos, machtlos gemacht, preisgegeben den Feinden von allen Seiten und für alle Zukunft. Und diesem Volke, so gefesselt und so ausgeraubt, werden zudem noch ungeheure Lasten aller Art auferlegt, Lasten, welche in der Zukunft zum Teil erst bestimmt werden, von vornherein von uns aber anzuerkennen sind!

Das ist unerträglich! Wir werden auf diese Weise für lange Jahre, für immer in einem Zustand der Ungewißheit gehalten. Das deutsche Volk würde, wie bereits gesagt worden ist, auf diese Weise zu einem modernen Sklavenvolk gemacht, vielleicht viel schlimmer, als die wirklichen Sklaven des Altertums, und es wäre ein Sklavenvolk zur Arbeit für andere im eigenen Lande. Und der Feind will nach dem Friedensvertrag dafür sorgen, daß um Deutschland herum eine Kerkerwand um dieses Sklavenvolk gesetzt wird. Noch nicht genug! Mit teuflischer Findigkeit, mit einer furchtbaren Grausamkeit werden Folterzeuge aller Art zusammengesucht, um das deutsche Volk zu quälen, zu Tode zu quälen. Es war uns ein furchtbarer Schmerz, daß wir während des Krieges tausende von Kindern haben dahinsterben sehen wegen Mangels an Nahrung, wegen Mangels an Milch. Es soll, wie es scheint, dieses Sterben der Kinder nicht zu früh zu Ende kommen, denn wir sollen große Bestände von Milchvieh an unsere Feinde abliefern. Aber das möchte ich aus aufflammender Entrüstung hier sagen: Wenn die Feinde diesen Todesengel uns ins Land schicken, dann mag er zurückkehren zu ihnen in den Saal, wo sie Triumphe der Grausamkeit feiern, und er mag mit flammender Schrift ein furchtbares Menetekel an die Wand dieses Saal zeichnen.

Himmelschreiend ist die Gewalt, die gegen uns geübt wird, die gegen unsere Not benützt wird. Es soll uns abgepreßt werden das Geständnis, daß wir schuld sind am Kriege. Ich protestiere dagegen! Wir sind nicht schuld. Es

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

soll uns abgepreßt werden das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, abgepreßt werden die Zustimmung zu unserer Zerstückelung und für unsere Versklavung. Hätte das deutsche Volk am 9. November, als es den Waffenstillstand abschloß, gewußt, was unsere Feinde von uns wollen; ich glaube nicht, daß es diesen Waffenstillstand abgeschlossen hätte.

Dieser Friedensvertrag kann nicht sein und wird nie sein ein Friedensinstrument. Er wird sein — furchtbar, es zu sagen — ein Leichenstein, unter dem begraben liegt das Recht, die Gerechtigkeit, der Glaube an ein gegebenes Wort und der von der ganzen Menschheit heißersehnte und erhoffte Völkerfrieden. Es wird aber nicht darunter begraben werden, wie unsere Feinde wohl hoffen, der deutsche Leichnam. Das deutsche Volk will leben und wird leben!

Die Regierung und die Nationalversammlung haben gesprochen: Unerfüllbar und unannehmbar! Wir Alle wissen, daß wir in diese Friedensverhandlungen nur eingetreten sind auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Was wir nun sehen, von dem kann man nur sagen: Nie hat die Welt einen größeren Betrug, ein größeres Verbrechen gesehen, als es auf Grund dieser Wilsonerklärungen nunmehr in diesem Friedensvertrag gegenüber dem deutschen Volke begangen werden will.

Unsere Regierung wird die Geschäfte führen; hoffen wir, daß es ihr gelingt, einen für uns annehmbaren Frieden zu erzielen. Mag aber kommen was will, so müssen wir uns geschlossen hinter die Regierung stellen ohne Unterschied der Partei. Nur Deutsche darf es jetzt noch geben.

Wir haben den Krieg verloren, wir wollen nicht verlieren unsere nationale Ehre, unsere nationale Würde und den Glauben an unsere Zukunft.

Hoffen wir, daß es der Regierung gelingt, einen Frieden zu erzielen, der uns leben läßt. Wollen aber unsere Feinde das grausame Werk unserer Vernichtung vollenden, so sage ich, dann müssen wir denjenigen, die nach uns kommen, wie Präsident Fehrenbach im Reichstag gesagt hat: „Immer werden deutsche Mütter noch deutsche Kinder gebären", das furchtbare Vermächtnis hinterlassen: exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!"

Abg. Mayer-Karlsruhe (D. Natl. Vp.):

„Unerhört, unerträglich und unannehmbar sind die Friedensbedingungen, die uns auferlegt werden. Als ehrliche Leute können wir nicht darauf eingehen, denn wir vermögen ja diese Bedingungen gar nicht zu erfüllen. Es ist in der Tat die Folter, auf die man uns in alle Ewigkeit spannen will. Man will uns den letzten Pfennig abpressen, darum die dehnbaren Forderungen, die dem Feind immer wieder Gelegenheit geben, mit neuen Forderungen über uns herzufallen.

Man will uns auch jeden Schein von Selbständigkeit nehmen, darum wird auch auf deutschen Boden rechts des Rheins der Fuß gesetzt, und auch ein edler Teil unserer lieben badischen Heimat muß es, wer weiß wie lange, ertragen, den fremden Gewaltherren über sich zu sehen.

Man will schließlich auch den letzten Funken des Selbstgefühls und der nationalen Ehre bei uns austreten. Denn darauf zielt ja die Bestimmung, daß der Mann, der zuletzt die deutsche Kaiserkrone getragen hat, vor ein fremdes Gericht geschleppt werden soll. Wenn Wilhelm II. Regierungsfehler begangen hat, so ist das eine Angelegenheit, die nur zwischen ihm und dem deutschen Volke ausgemacht werden muß und ausgemacht werden darf. Nur ein deutsches Gericht darf dann über ihn und seine Ratgeber stattfinden. Alles, was in uns ist, muß sich dagegen empören, daß der Mann, der zuletzt die deutsche Kaiserkrone getragen hat, vor ein Gericht feindseliger Fremden geschleppt werden soll. Die solches fordern, haben die keine Empfindung dafür, wie sehr sie sich selber damit schänden?

Dieses Friedensinstrument kann nichts anderes auslösen als den Zorn und den Haß. Und wenn nur noch etwas von vernünftiger Besinnung bei den Feinden wäre, so müßten sie beim Durchlesen des zu einem Buch angeschwollenen Todesurteils selber bedenklich werden. Aber es scheint mir zunächst noch wenig Aussicht darauf angesichts der ausgeklügelten Gerissenheit, womit sich in diesem Instrument vereinigt haben die Lust zu quälen und die Lust auszupressen. Es scheint mir wenig Aussicht vorhanden gegenüber der Tatsache, daß man sich auf beiden Seiten schon gar nicht mehr versteht, ach, sagen wir es nur, schon lange nicht mehr verstanden hat. Wir reden von einem Frieden des Rechts und dort redet man von einem Frieden des Rechts. Dort meint man und hat schon lange gemeint das angemaßte Strafrecht und das ausgemachte Raubrecht, und wir dachten an das Recht, das mit uns geboren wird.

Verzweifelt ist die Lage. Was sollen wir tun? Man hat dieser Tage den Rat gelesen: Sich fügen, annehmen, unterschreiben, um nach einigen Jahren auf Wohlverhalten hin Milderung und Nachlaß der Strafen zu erfahren. So können keine deutschen Männer raten, das kommt nicht aus deutschem Herzen und nicht aus deutschem Mitempfinden. Nein, dreimal nein! Wir danken es dem Präsidenten des deutschen Reichstags, daß er die Losung hinausgegeben hat: Deutschland, Deutschland über alles! Und gerade jetzt, wo unser Vaterland und Volk aus tausend Wunden blutet und niemand mehr es ansehen will, gerade jetzt rufen wir: Deutschland, Deutschland über alles! Wir freuen uns und stimmen ein, daß heute dieser Ruf auch aus dem Munde des badischen Staatspräsidenten hier erklungen ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Es gibt nur eins: Unannehmbar! Wir sind keine Sträflinge. Gott der Herr mag uns richten, dem Gericht müssen wir uns beugen. Aber unsere Kinder und Kindeskinder würden uns verfluchen, wenn wir unsere Zustimmung dazu gäben, daß dieses Joch dem deutschen Volke auferlegt wird, damit wir unser bischen armseliges Leben fristen, in das dann unsere Kinder hineingeboren wären. Gott der Herr mag uns richten, aber keinem Menschen billigen wir das sittliche Recht zu, sich über uns zu erheben. Und wenn wir es uns gefallen lassen müssen, so verwahren wir uns doch dagegen.

Wir verwahren uns auch gegen jede Verunglimpfung unserer Vergangenheit. Wir tun das nicht bloß aus politischen Erwägungen, sondern aus Selbstachtung, und weil wir jedenfalls unsere völkische Ehre nicht verlieren wollen. Mögen sie Kanonen gegen uns auffahren, so hat doch niemand das Recht, kein einzelner und kein Volk, den Stein gegen uns aufzuheben. So tief wir jetzt auch gefallen sind, so dürfen wir von uns doch halten, daß wir so gut sind wie irgend etwas, was in dieser Welt lebt und sich bewegt.

Was tun? Wir müssen uns hüten, daß unsere Verwahrung nur ein leerer Ton sei oder als solcher empfunden werde. Diese Stunde fordert die Tat. Ich aber meine, daß man unterscheiden muß zwischen dem, was die Regierung tun kann und tun muß, und dem, was das arme deutsche Volk und wir, seine Vertreter, hier als Vertreter seines badischen Teils, nur tun können. Die Regierung soll handeln, verhandeln, unterhandeln. Sie soll die politischen und diplomatischen Kräfte, über die sie verfügt, zusammenraffen und einsetzen, und wir wollen mit der ganzen Glut unserer vaterländischen Empfindung dahinter stehen. Dann aber ist sie es, die die Entscheidung treffen muß. Was soll das arme deutsche Volk tun? Was weiß es denn? Es weiß nur, daß es ganz aus ist mit uns, daß wir kein Heer mehr haben, keine Flotte mehr haben und auch fast kein Brot mehr haben. Das arme deutsche Volk kann in dieser Stunde nichts anderes tun, als Zeugnis ablegen von dem, was in ihm lebt. Aber mir klingt ein Wort in den Ohren, ja vielmehr im Herzen: „Als die Sterbenden, und siehe, wir leben, als die Gezüchtigten und doch nicht ertötet, als die Armen, die aber viele reich machen, als die nichts inne haben und doch alles haben." Und das meine ich, gibt uns die Antwort auf die Frage: Was sollen wir tun? Uns hilft kein Mensch. Auch die vielen Menschen mit den schönen Worten helfen uns nicht; auch die Verhältnisse, von denen man uns gesagt hat, daß sie sich draußen zu unseren Gunsten gestalten werden, sie helfen uns nicht, denn die Verhältnisse werden sich für unsere Zeit jedenfalls — und sie wird lang sein — nur zu unseren Ungunsten gestalten. Für lange hinaus wird dieses jetzt lebende deutsche Geschlecht ein Schulbeispiel dafür sein, wie man sich hat täuschen und betören lassen. Aber das Wort ist wahr: Hilf dir selbst und dir hilft Gott! Wie sagt der deutsche Dichter: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und wäre er in Ketten geboren." Wir aber, wenn wir vielleicht auch jetzt in Ketten geschlagen werden, so sind wir doch nicht in Ketten geboren, sondern wir sind als Deutsche geboren, und gerade jetzt, weil wir so elend daran sind, wollen wir uns unserer ganzen zweitausendjährigen Vergangenheit und all des Ruhmvollen, Großen, Guten und Edlen erinnern, das durch das deutsche Volk geschaffen ist, geschaffen worden ist in selbstloser Weise für die ganze Welt. Wir haben es alle noch erlebt, wenn es freilich auch schon etwas lange her ist, daß die Welt aufhorchte, wenn im Reichstag von dem Platze des Reichskanzlers aus das Wort erscholl, und von dort unter dem Jubel des Volkes haben wir es eines Tages gehört: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt." Haben wir in Deutschland, wir Deutsche, dieses Wort nicht vielleicht doch zu sehr vergessen? Man hat nur zu sehr verlernt, Gott zu fürchten, und hat dafür Furcht und Ehrfurcht gehabt vor allem möglichen Anderen. Man hat Götzen Altäre gebaut und ist vor ihnen gekniet mit Andacht. Und nun muß man es erleben, daß diese Götzen verlangen, daß man sich selber als Opfer auf diesen ihnen erbauten Altären verbrenne. Lernen wir wieder und lehren wir unsere Kinder deutsch sein und fromm sein. Dann wird der Tag kommen, da werden die Feinde es bereuen, daß sie solches Unrecht uns getan haben. Dann werden sie wieder bezeugen die Würde, die wir haben, und die Achtung, die wir verdienen. Dann werden sie suchen unsere Gemeinschaft und Hilfe und werden dankbar sein, wenn wir ihnen wieder unser Vertrauen schenken. Wenn wir nur deutsch sind und fromm. Denn das ist unser weltgeschichtlicher Beruf. Und so zerreißen wir die schmutzigen Stricke der Not."

Präsident Kopf:

„Mit Befriedigung stelle ich fest, und unsere Feinde mögen es beachten, daß die überzeugenden und gründlichen Darlegungen unseres Staatsministeriums, die auf Ablehnung der uns gestellten unerhörten Friedensbedingungen lauten, in diesem Hohen Hause bei allen Parteien uneingeschränkte Zustimmung gefunden haben. Einmütig und nachdrücklich haben die Redner aller Parteien dieses Hauses zum Ausdruck gebracht, daß wir in Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volk und insbesondere mit der berufensten Vertretung des deutschen Volkes, der Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, den Gewaltfrieden, den man uns aufnötigen will und der uns politisch und wirtschaftlich vernichten soll, ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß aus dieser Ablehnung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

vielleicht noch schlimmeres Leid und schwerere Kümmernisse für uns erwachsen können. Als freie und aufrechte Männer von Ehre und Charakter erheben wir flammenden Protest gegen die erniedrigende Sklavenstellung, die man uns zumuten will, gegen die ruchlose Erdrosselung unseres Wirtschaftslebens, gegen die uns angedrohte Wegnahme unseres Viehbestandes, gegen die Verelendung, die man unserem ganzen Volk für unabsehbare Zeit aufladen will, gegen die Abtrennung deutscher Gebiete in Ost und West, gegen die Wegnahme unserer mit schweren Opfern hochgebrachten Kolonien. Als gerade und ehrliche Menschen bedauern wir, mit Entrüstung es aussprechen zu müssen, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, der auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons abgeschlossen worden ist, uns gegenüber nicht gehalten worden sind. Als Glieder eines hochstehenden Kulturvolkes, das in jedem Gebiete der Geistesarbeit mit an der Spitze der Menschheit marschiert ist und das der Welt außerordentlich viel auf jedem Gebiete der Kultur geboten hat, protestieren wir vor der ganzen Welt dagegen, daß man das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das man allen anderen, auch den kleinsten Nationen bewilligen will, allein uns gegenüber versagen will. Wir protestieren dagegen, daß Millionen Deutscher abgetrennt werden sollen von unserem deutschen Volkskörper und daß man es mit aller Raffiniertheit verhindern will, daß die Deutsch-Oesterreicher, die den Wiederanschluß an das deutsche Volk mit Sehnsucht erstreben, sich mit uns zu einem Staatswesen vereinigen. Als Deutsche, aber ganz besonders als Bewohner eines Landes, das man künftig zum Grenzland machen wird, erheben wir den lautesten und entschiedensten Einspruch dagegen, daß unser Anteil am freien deutschen Rhein uns genommen, die Rheinschiffahrt und die Ausnutzung der Wasserkräfte des Rheins uns unterbunden, unsere aufblühende badische Stadt Kehl und das Hanauerland für lange Zeit unserer Gewalt entrissen und feindlicher Invasion ausgesetzt sein soll. Einmütig und aus vollster Ueberzeugung bringen wir es zum Ausdruck, daß die ungeheuren Opfer an Kriegsentschädigungen, die man uns auferlegen will, unerschwinglich sind, daß die zugedachte Abschneidung vom Weltmarkt Millionen deutscher Bürger dem Hungertode überliefern oder zur Auswanderung unter den schwierigsten Verhältnissen nötigen wird. Die volle Verantwortung für dieses unmenschliche Vorgehen müssen wir unseren Feinden zuschieben.

Im vollen Gefühl unserer Verantwortlichkeit erklären wir als Vertreter eines unglücklichen Volkes, das den Krieg nicht gewollt hat, daß die feindlichen Friedensbedingungen, wie unser Staatspräsident heute mit Recht ausgeführt hat, unannehmbar und unerfüllbar sind und daß wir deshalb die ablehnende Haltung der deutschen, wie auch der badischen Regierung in jeder Hinsicht durchaus billigen und gerechtfertigt finden. Gebe Gott, daß unsere Stimmen nicht wirkungslos verhallen, daß Menschlichkeit und Vernunft noch in letzter Stunde den Sieg davontragen über Haß und Verblendung, damit nicht aus dem Abschluß dieses furchtbarsten aller Kriege die Drachensaat neuen Blutvergießens und vermehrten Elends statt des erhofften Fortschritts und Völkerfriedens hervorgeht.

Dankbar anerkennen wir, daß auch in den feindlichen Ländern vereinzelte Stimmen der Mäßigung und Besonnenheit zu vernehmen sind, daß besonders Italien zu erkennen beginnt, daß die Zerschmetterung Deutschlands seine eigensten Interessen empfindlich verletzen müßte. Vertrauensvoll erwarten wir noch immer, daß die neutralen Staaten ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das bisherige große Kulturzentrum in der Mitte Europas, ihr eigenstes größtes Absatzgebiet in wirtschaftlicher Beziehung nicht zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden der ganzen Kulturwelt vernichtet werden darf.

Was aber auch kommen mag, das Vertrauen auf eine ewige Gerechtigkeit, die nicht nach Jahren und Jahrzehnten rechnet, die oft erst nach längeren Zeiträumen in Tätigkeit tritt, die aber niemals ausbleiben wird, wollen wir nicht verlieren. Wir lassen uns die Zuversicht nicht rauben, daß nach diesen schweren und schwersten Tagen deutscher Geschichte auch für das deutsche Volk die Zeit wieder kommen wird, wo es sich aus seiner Erniedrigung erheben und den Beweis führen wird, daß ein Siebzigmillionenvolk auf die Dauer sich nicht knechten läßt. Mögen unsere Feinde es dann nicht zu bereuen haben, daß sie in dieser Weise mit uns umzugehen versucht haben.

Gebeugt, aber nicht vernichtet, müssen wir dazu übergehen, ein neues Deutschland aufzubauen, und die Mittel, es aufzubauen, sind unermüdliche Arbeit und Pflichttreue, Einfachheit und Einigkeit. Gewiß haben die letzten Monate schwere Schäden unseres Volkskörpers zutage treten lassen; aber in diesen Tagen der Trübsal wird sicherlich auch dort, wo man bisher noch nicht die volle Einsicht in unsere Lage hat, die Umkehr zur Einfachheit und Genügsamkeit, zur Ordnung und Mäßigung, zur Pflichterfüllung und Arbeitsamkeit wieder erweckt werden, das hoffen wir zuversichtlich.

Treues, geschlossenes Zusammenhalten des ganzen deutschen Volkes, Verzicht auf schroffe Hervorhebung minder wichtiger Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze in unserem inneren Staatsleben und Zurückstellung weniger dringlicher Sonderwünsche gegenüber den großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft und den schweren Sorgen nach auswärts, das ist recht eigentlich das Gebot der Stunde: Die Einigkeit mehr zu pflegen als bisher, das sei unser Gelöbnis in diesem feierlichen Augenblick.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

„Ans Vaterland, ans teure schließ' Dich an,
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen."

Dann wird sicherlich das Morgenrot einer besseren Zukunft auch wieder einmal über deutschen Gauen leuchten. Wir schließen diese feierliche Sitzung mit dem Wunsche:

Gott erhalte und segne unser deutsches Vaterland,
Gott schütze und rette das deutsche Volk!"

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt hierauf das Haus, ihm die Bestimmung von Zeit und Gegenstand der nächsten Sitzung zu überlassen.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein Karl.

---

26. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 11. Juni 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Herrmann, Geh. Oberbaurat Wolpert, die Ministerialräte Franz und Dr. Steinbrenner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Blase, Frhr. von Gleichenstein, Dr. Gothein, Hahn, Jost, Kieslich, Koelblin, Marum, Rigel, Saenger, Schön, Trunk, Venedey, Vogel und Dr. Wirth.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kopf und des I. Vizepräsidenten Maier.

Tagesordnung:

Kurze Anfragen

a. der Abgg. Spengler und Karl, den Eisenbahnverkehr (Wertheim—Lauda) betr.,

b. der Abgg. Wittemann und Spang, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Zollausschlußgebiet betr.,

c. des Abg. Mager, die Verwertung der Holzbestände der Heeresverwaltung betr.,

Hierauf

1. Mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über
   die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918, die Erhebung von Taxen für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr.,
   Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg. *)

2. Begründung und Beantwortung der Interpellationen

a. der Abgg. Eberhardt u. Gen., das Koalitionsrecht der Arbeiter betr. (Drucks. Nr. 6c),

b. der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit betr. (Drucks. Nr. 20a),

c. der Abgg. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Bürgerwehr betr. (Drucks. Nr. 30), ferner derselben Abgg., die Erhaltung des inneren Friedens betr. (Drucks. Nr. 32), †

d. der Abgg. Hertle u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Uiffingen betr. (Drucks. Nr. 5a),

e. der Abgg. Seubert u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier Haltestelle Halbmeil—Schiltach, betr. (Drucks. Nr. 5b),

f. der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. (Drucks. Nr. 19). *)

Die Sitzung wird eröffnet um 1/4 5 Uhr.

---

*) Der Gegenstand unter Ziff. 1 der Tagesordnung wurde abgesetzt (vergl. Text des Prot.), und auch die Gegenstände unter 2b—f kamen nicht zur Verhandlung.

†) Der zweite Gegenstand unter Ziffer 2c wurde erst nachträglich auf die T. O. gesetzt (s. Text des Prot.).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg